

Bilateraler Weg

Positionspapier der young european swiss

*Die **young european swiss I yes** fordert, dass der bilaterale Weg erhalten bleiben muss, um die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen der Schweiz mit der EU zu abzusichern. Er ist jedoch eine Übergangslösung nahe am Verfallsdatum: nur die Mitgliedschaft in der Europäischen Union stellt eine wirkliche Option für die Schweiz dar.*

Zugang zum Binnenmarkt ist essentiell für den Wohlstand

Nach der Ablehnung des Beitritts zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) im Jahr 1992 und der darauf folgenden Wirtschaftskrise wurden 1999 und 2004 die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union abgeschlossen. Sie ermöglichten der Schweiz die sektorielle Teilnahme am europäischen Binnenmarkt, ihrem mit Abstand wichtigsten Import- und Exportmarkt, und liessen damit die Schweizer Wirtschaft wieder prosperieren. Bis heute sind die Bilateralen I & II essenziell für den Wohlstand der Schweiz. Zudem hat der bilaterale Weg auch eine politische Annäherung der Schweiz an die EU gebracht.

Ein Angriff auf die Bilateralen ohne tragfähige Alternative ist daher brandgefährlich und kann getrost als wirtschaftlicher Selbstmord bezeichnet werden. Bei einem Wegfall der bilateralen Beziehungen zur EU droht der Schweiz eine politische und wirtschaftliche Totalisolation. Eine tiefe Wirtschaftskrise würde die Arbeitslosigkeit in die Höhe schnellen lassen. Diese Zusammenhänge sind vielen Bürgerinnen und Bürgern bewusst, weshalb der bilaterale Weg im Volk einen breiten Rückhalt genießt.

Starres System ohne Mitspracherecht

Trotz der augenscheinlichen Vorteile hat der bilaterale Weg jedoch sehr entscheidende Nachteile und wird langsam aber sicher zum Auslaufmodell. Vergangene und zukünftige Angriffe, insbesondere auf das innerhalb der Bilateralen I zentrale Personenfreizügigkeitsabkommen, haben seine Fragilität aufgezeigt. Bei ihrem Abschluss waren die Bilateralen Abkommen als Übergangslösung gedacht; sie waren nie auf viele Jahre oder gar Jahrzehnte ausgelegt. In der Zwischenzeit sind die über 100 Einzelverträge zu einem komplizierten und unübersichtlichen Flickwerk geworden, das nicht mehr zufriedenstellend funktioniert.

Während sich die Europäische Union und ihr gemeinsamer Rechtsbestand ständig weiterentwickeln, sind die Bilateralen Abkommen klassische völkerrechtliche Verträge und damit starr. Die laufende Weiterentwicklung des gemeinsamen europäischen Rechtsbestandes

infolge Globalisierung und technologischer Entwicklung führt in jenen Bereichen, in denen die Schweiz über die Bilateralen am europäischen Binnenmarkt teilnimmt, zu einer zunehmenden Divergenz des Rechtes zwischen der Schweiz und der EU. Solche Abweichungen führen zu Rechtsunsicherheit und hohem Verwaltungsaufwand. Dies wiederum schadet den Schweizer Unternehmen; zudem wird der Gedanke eines Binnenmarktes, in dem auf dem ganzen Gebiet dieselben Normen gelten, unterlaufen.

Der Schweizer Weg ist ein „Sonderweg“, jedoch nicht im positiven Sinn. Kein anderes Land pflegt so enge Beziehungen zur Europäischen Union und sichert sie bloss durch bilaterale Verträge ab. Der Sonderweg hat unserem Land bei der EU den Ruf einer Rosinenpickerin eingebracht, die Ausnahmen will, wo sich 28 Staaten auf gemeinsame Regeln geeinigt haben. Diese zu gewähren, ist die EU nicht länger bereit: Sie hat deutlich signalisiert, dass sie im heutigen System (ohne Rahmenabkommen) keine weiteren materiellen Verträge mehr abschliessen wird, womit in wichtigen Politikbereichen keine Lösung gefunden werden konnte – zum Beispiel beim Elektrizitätsmarkt. Stattdessen pocht die EU auf ein Assoziierungsabkommen, ein so genanntes institutionelles Rahmenabkommen. Damit würde zum System einer dynamischen Rechtsübernahme übergegangen – ein Schritt, den die EU seit Längerem als überfällig betrachtet.

Keine langfristige Lösung

Und selbst wenn sich die EU bereit zeigen würde, den bilateralen Weg weiterzuverfolgen, wäre der Ausgang ungewiss: die Bilateralen I & II wurden mit einer kleineren, westeuropäisch geprägten EU abgeschlossen, mit deren Staaten die Schweiz auch zuvor schon enge Beziehungen pflegte. In einer nach Osten erweiterten, 28 Staaten umfassenden EU dürfte es deutlich schwieriger sein, die für Vertragsabschlüsse notwendige Einstimmigkeit zu erreichen. Mehr noch als in den Jahren, in denen die Bilateralen Verträge ausgehandelt wurden, sieht sich die EU heute als ein über den wirtschaftlichen Aspekt hinausgehendes politisches Projekt – als Gemeinschaft mit gemeinsamen Werten und Traditionen. Obwohl die Schweiz diese Werte teilt, bleibt sie mit rein wirtschaftlichen Abkommen von der Gemeinschaft ausgeschlossen.

Der problematischste Aspekt des bilateralen Weges ist aus Sicht der yes jener der Souveränität: da die Schweiz ein Interesse hat, ihren Unternehmen einen ungehinderten Zugang zum europäischen Binnenmarkt zu ermöglichen, sieht sie sich gezwungen, regelmässig zahlreiche Vorordnungen und Richtlinien der EU im so genannt „autonomen“ Nachvollzug zu übernehmen. Eine demokratische Beteiligung bei der Erarbeitung dieser Regeln besteht nicht, womit die Schweiz ihre Souveränität verliert. Diese Situation ist eines demokratischen Rechtsstaates unwürdig und muss geändert werden.

Die einzige und beste Option für die Schweiz ist die Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Als europäisches Land teilt die Schweiz die Werte und Traditionen der EU und sollte am politischen Integrationsprozess in Europa teilhaben. Nur mittels der demokratischen Beteiligung an den Entscheidungsprozessen der EU können die Interessen der Schweiz optimal

gewahrt und ihre Souveränität wiederhergestellt werden. Durch einen Beitritt zur EU würde die Schweiz ein vollwertiges, gleichberechtigtes und souveränes Mitglied der europäischen Gesellschaft.